

# Allgemeine Kostenverordnung (AllKostV)

Inkrafttreten: 29.01.2026

Zuletzt geändert durch: zuletzt geändert durch Verordnung vom 09.12.2025 (Brem.GBl. 2026 S. 7)

Fundstelle: Brem.GBl. 2002, 333

Gliederungsnummer: 203-c-1

Aufgrund des [§ 3 Abs. 1 des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes](#) vom 16. Juli 1979 (Brem.GBl. S. 279 - 203-b-1), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juni 2002 (Brem.GBl. S. 211) geändert worden ist, verordnet der Senat mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses:

## § 1 Kosten

Von den Behörden des Landes und der Gemeinden werden Kosten (Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren, Auslagen) nach dem als [Anlage](#) beigefügten Kostenverzeichnis erhoben, sofern nicht in einer anderen Rechtsvorschrift etwas anderes bestimmt ist.

## § 2 Übergangsvorschrift

Für Amtshandlungen, die bereits vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung begonnen, aber noch nicht abgeschlossen waren, sind die Gebühren nach dem bisher geltenden Recht festzusetzen. Dies gilt nicht, wenn ein Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung vor Erlass dieser Verordnung bereits gestellt, mit der Bearbeitung aber noch nicht begonnen wurde.

## § 3 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 2002 in Kraft.

### Anlage

(zu [§ 1](#))

## Allgemeines Kostenverzeichnis:

### **100 Amtshandlungen**

100.00 Genehmigungen, Erlaubnisse, Gestattungen, Fristverlängerungen und andere Amtshandlungen, für die in diesem Gebührenverzeichnis oder in anderen Rechtsvorschriften weder eine besondere Gebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist 5,00 Euro bis 500,00 Euro

100.01 Bescheinigungen, für die in diesem Gebührenverzeichnis oder in anderen Rechtsvorschriften weder eine besondere Gebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist 5,00 Euro bis 100,00 Euro

Anmerkungen zu 100.00 und 100.01:

Der Verwaltungsaufwand als Teil der Bemessungsgrundlagen nach § 4 Absatz 2 des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes ist unter Berücksichtigung der sächlichen Verwaltungskosten und der Zeitgebühren nach 103 zu ermitteln. Sind im Gebührenverzeichnis vergleichbare Amtshandlungen enthalten, ist die Gebühr unter Berücksichtigung der vergleichbaren Gebühren zu bemessen.

100.02 Veröffentlichungen im Gesetzblatt und im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen auf der Grundlage eines in elektronischer Form überlassenen Textes unter Verwendung der von der veröffentlichten Stelle zur Verfügung gestellten Dokumentenvorlage je Seite 74,50 Euro

100.03 Veröffentlichungen von Karten, Grafiken oder Tabellen nach tatsächlichem Aufwand

### **101 Verwaltungsverfahren**

101.00 Gewährung von Akteneinsicht bei der aktenführenden Behörde gebührenfrei

Anmerkung zu 101.00:

Wird Akteneinsicht in Form der Herstellung von Abschriften, Vervielfältigungen und Negativen gewährt, werden Gebühren nach 101.01 und 101.02 erhoben.

Wird Akteneinsichtnahme nach dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz beantragt, werden Gebühren nach der Gebührenordnung zum Bremer Informationsfreiheitsgesetz erhoben.

|        |  |  |
|--------|--|--|
| 101.01 | Anfertigung von Ablichtungen, Vervielfältigungen und Negativen (schwarz/weiß).                   | 0,75 Euro  |
|        | Je Farbkopie im Format DIN A4  | Zuschlag 0,25 Euro                                     |
|        | Je Farbkopie im Format DIN A3  | Zuschlag 0,40 Euro                                     |
|        | Bei Kopien anderer Formate oder Drucken in aufwändigeren Druckverfahren (z. B. Plotterverfahren) | nach tatsächlichem Aufwand                             |
| 101.02 | Anfertigung von Abschriften  | je angefangene Seite 4,50 Euro                         |
| 101.03 | Amtliche Beglaubigung von Abschriften, Ablichtungen, Vervielfältigungen und Negativen            | je angefangene Seite 2,10 Euro<br>ab Seite 6 0,42 Euro |

Anmerkungen zu 101.03:

- a)** Sofern die Behörde das zu beglaubigende Schriftstück selbst hergestellt hat, sind neben der Beglaubigungsgebühr Gebühren nach 101.01 oder 101.02 zu erheben.
- b)** Für die amtliche Beglaubigung von Ausfertigungen und Abschriften, die anstelle zurückzugebender Urkunden zu den Akten dieser Behörde genommen werden, werden keine Gebühren nach 101.01 bis 101.03 erhoben.

|        |   |                               |
|--------|---|-------------------------------|
| 101.04 | Für die amtliche Beglaubigung von Ausfertigungen und Abschriften, die für die | für die erste Seite 2,10 Euro |
|--------|---|-------------------------------|

|        |   |   |
|--------|---|---|
|        | Bewerbung um einen Studienplatz an einer Hochschule oder um einen schulischen Ausbildungsplatz benötigt werden  | für jede weitere Seite<br>0,35 Euro   |
| 101.05 | Amtliche Beglaubigung von Unterschriften und Handzeichen  | 5,50 Euro   |
| 101.06 | Ersatzausstellung einer Urkunde (anstelle von unbrauchbaren oder in Verlust geratenen Exemplaren)   | 15,00 Euro  |
| 101.07 | Ausstellung von Lebensbescheinigungen   | gebührenfrei  |
| 101.08 | Schriftlich erteilte Zusage, einen bestimmten Verwaltungsakt später zu erlassen oder zu unterlassen   | 13,00 Euro<br>bis 62,00 Euro  |
|        | Anmerkungen zu 101.08:  |   |
|        | Die Gebühr ist dann nicht gesondert zu erheben, wenn der mit der Zusage verbundene Verwaltungsaufwand kostenmäßig durch die Gebühr für den begehrten Verwaltungsakt mit abgedeckt wird. |   |
| 101.09 | Erfolglose Rechtsbehelfsverfahren   | 52,00 Euro  |
|        | Anmerkungen zu 101.09:  | bis 2 500,00 Euro   |
|        | Für die Berechnung der Gebühr gilt <a href="#"><u>§ 8 des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes.</u></a>  |   |
| 101.10 | Rechtsbehelf ausschließlich gegen eine Kostenentscheidung (Nebenentscheidung)   | 10 v. H. des angefochtenen Betrages<br>mindestens 27,00 Euro<br>höchstens 340,00 Euro |
| 101.11 | Kostenfestsetzung gemäß <a href="#"><u>§ 80 Abs. 3 des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes</u></a>   | gebührenfrei  |
| 101.12 | Erteilung einer Bescheinigung über die Unanfechtbarkeit eines Verwaltungsaktes  | gebührenfrei  |
| 101.13 | Erfolgloser Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand  | 42,00 Euro  |
| 101.14 | Erfolgloser Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens  | 42,00 Euro  |
| 101.15 | Schriftliche Auskünfte schwieriger Art  | 13,00 Euro<br>bis 130,00 Euro   |

## 102 Verwaltungszwang

|        |   |   |
|--------|---|---|
| 102.00 | Erteilung eines Ge- oder Verbotes sowie Androhung von Zwangsmitteln nach den <a href="#">§§ 11</a> und <a href="#">17 des Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes</a> oder entsprechenden anderen Rechtsvorschriften | gebührenfrei  |
| 102.01 | Tatbestand nach 102.00 nach erfolgter vergeblicher Anmahnung des Tuns, Lassens oder der Duldung   | 30,00 Euro<br>bis 600,00 Euro   |
| 102.02 | Festsetzung von Zwangsgeld und der Kosten für vorher schriftlich angedrohte Ersatzvornahme nach dem Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetz  | 5 v. H. des festgesetzten Zwangsgeldes bzw. der Aufwendungen für die Ersatzvornahme mindestens 21,00 Euro |

#### **103 Gebührenrechnung nach Zeitaufwand**

|        |   |   |
|--------|---|---|
| 103.00 | Bei Gebührenberechnungen nach dem Zeitaufwand werden unter Berücksichtigung der Regelung in <a href="#">§ 5 Absatz 1 des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes</a> folgende Stundensätze in Anrechnung gebracht:<br>Für eine Beamtin oder einen Beamten der Laufbahnguppe II zweites Einstiegsamt (A13 – A16) oder Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer in vergleichbarer Entgeltgruppe für eine Beamtin oder einen Beamten der Laufbahnguppe II erstes Einstiegsamt (A9 – A13S) oder Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer in vergleichbarer Entgeltgruppe für eine Beamtin oder einen Beamten der Laufbahnguppe I zweites Einstiegsamt (A5 – A9S) oder Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer in vergleichbarer Entgeltgruppe | 96,73 Euro<br>79,31 Euro<br>62,88 Euro                      |
| 103.01 | Weiterberechnung von verauslagten Rechnungen  | Nach Zeitaufwand bei Anwendung der Stundensätze nach 103.00 |
| 103.02 | Gemeinkostenzuschlag für Lagermaterial  | 20 % des Nettorechnungsbetrages                             |

#### **104 Aktenversendung bzw. -aushändigung**

104.00 Aktenversendung oder -aushändigung zur Akteneinsicht im Verwaltungsverfahren und aus sonstigen Gründen ohne Portoauslagen je Sendung 12,00 Euro

Anmerkung zu 104.00:

Porto und sonstige Versandkosten sind als Auslagen hinzuzurechnen. Im Bußgeldverfahren gelten die Regelungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten.

Anmerkung zu 104.00:

Porto und sonstige Versandkosten sind als Auslagen hinzuzurechnen. Im Bußgeldverfahren gelten die Regelungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten.

## **105 Datenschutzrechtliche Angelegenheiten**

105.00 Bearbeitung einer offenkundig unbegründeten oder exzessiven Anfrage gemäß Artikel 57 Absatz 4 DSGVO

100 bis 500 Euro

105.01 Anweisung nach Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe a DSGVO, wenn aufgrund der bereitgestellten Informationen ein Rechtsverstoß festgestellt wird

50 bis 1 000 Euro

105.02 Durchführung einer Untersuchung in Form einer Datenschutzüberprüfung nach Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe b DSGVO, wenn aufgrund der Datenschutzüberprüfung ein Rechtsverstoß festgestellt wird

50 bis 1 000 Euro

105.03 Durchführung einer Überprüfung der nach Artikel 42 Absatz 7 DSGVO erteilten Zertifizierungen nach Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe c DSGVO

100 bis 1 500 Euro

105.04 Maßnahmen nach Artikel 58 Absatz 2 Buchstabe b bis h und j DSGVO, soweit diese durch Verwaltungsakt erfolgen

100 bis 5 000 Euro

|        |  |                       |
|--------|--|-----------------------|
| 105.05 | Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 58 Absatz 3 Buchstabe d in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 5 DSGVO   | 500 bis 5 000 Euro    |
| 105.06 | Genehmigung oder Billigung von Entwürfen von Verhaltensregeln nach Artikel 58 Absatz 3 Buchstabe d DSGVO in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 5 DSGVO | 2 000 bis 50 000 Euro |
| 105.07 | Akkreditierung von Zertifizierungsstellen nach Artikel 58 Absatz 3 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit Artikel 43 DSGVO                              | 2 500 bis 50 000 Euro |
|        | Erstmalige Akkreditierung  |                       |
|        | Verlängerte Akkreditierung   |                       |
| 105.08 | Erteilung einer Zertifizierung gemäß Artikel 58 Absatz 3 Buchstabe f DSGVO in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 5 DSGVO                               | 1 000 bis 40 000 Euro |
|        | Erstmalige Zertifizierung  |                       |
|        | Verlängerte Zertifizierung   |                       |
| 105.09 | Billigung von Zertifizierungskriterien gemäß Artikel 58 Absatz 3 Buchstabe f DSGVO in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 5 DSGVO                       | 1 000 bis 35 000 Euro |
| 105.10 | Genehmigung von Vertragsklauseln gemäß Artikel 58 Absatz 3 Buchstabe h DSGVO in Verbindung mit Artikel 46 Absatz 3 Buchstabe a DSGVO                 | 2 500 bis 50 000 Euro |
|        |  | 2 000 bis 50 000 Euro |

|        |   |                       |
|--------|---|-----------------------|
| 105.11 | Genehmigung verbindlicher interner<br>Vorschriften gemäß Artikel 58 Absatz 3<br>Buchstabe j DSGVO in Verbindung mit Artikel<br>47 DSGVO                       | 2 000 bis 50 000 Euro |
| 105.12 | Akkreditierung von Überwachungsstellen nach<br>Artikel 41 Absatz 1 DSGVO  |                       |
|        | Erstmalige Akkreditierung   |                       |
|        |   | 2 000 bis 50 000 Euro |
|        | Verlängerte Akkreditierung  |                       |
|        |   | 1 000 bis 40 000 Euro |
| 105.13 | Widerruf der Akkreditierung von<br>Überwachungsstellen gemäß Artikel 41 Absatz<br>5 DSGVO   | 1 500 bis 35 000 Euro |
| 105.14 | Verlangen der Aufsichtsbehörde nach<br>Abberufung der oder des<br>Datenschutzbeauftragten einer<br>nichtöffentlichen Stelle nach § 40 Absatz 6 Satz<br>2 BDSG | 500 bis 2 000 Euro.   |